

Schultes: Einheitswertsystem wichtiger Baustein für flächendeckende landwirtschaftliche Bewirtschaftung in Österreich

Die Forderung des Wiener Arbeiterkammerdirektors Muhm und des GPA-Gewerkschaftsvorsitzenden Katzian, bäuerliche Familienbetriebe in eine aufwändige Steueraufzeichnungspflicht hineinzuzwängen, ist für viele Betriebe angesichts der realen Einkommenssituation schikanös und zynisch. Das stellte heute, Donnerstag, ÖVP-Umweltsprecher und niederösterreichische Landwirtschaftskammerpräsident Ing. Hermann Schultes fest.

"Die SPÖ hat vor der Wahl versprochen, dass Maßnahmen, welche die Bauerneinkommen sichern, auch mitgetragen werden. Bei der heutigen Landwirtschaftsdebatte im Nationalrat hat sich nunmehr das Gegenteil gezeigt. SPÖ-Agrarsprecher Gaßner und auch SPÖ-Abgeordneter Katzian stellen das bewährte Einheitswertsystem in Frage", so Schultes.

Im Jahr 2009 sind die Einkommen der bäuerlichen Betriebe massiv gefallen. Hohe Energiepreise und niedrige Marktpreise ergeben eine dramatische Einkommenssituation, die dazu führte, dass viele Betriebe derzeit nur von der Substanz leben. "Angesichts dieser Situation höhere Steuern inklusive eines gewaltig höheren Verwaltungsaufwands für bäuerliche Familienbetriebe zu fordern, ist zynisch und offensichtlich eine politisch kalkulierte Provokation", so Schultes.

"Angesichts der realen Situation kann das Thema nicht sein, die Einkommen höher zu besteuern, sondern Hilfe für Entstehung von Einkommen zu schaffen. Wir werden uns ein bewährtes System auch nicht nach einer steirischen Panikattacke in der SPÖ zerstören lassen. Wir wissen über Bedeutung der Nachhaltigkeit auch des Steuersystems Bescheid", betonte der ÖVP-Umweltsprecher.

"Wir brauchen Verlässlichkeit bei der steuerlichen Grundlage, und wir dürfen dieses wichtige System nicht dem Zufall politischer Tagesdebatten überlassen. Das Steuersystem muss mit geringem Verwaltungsaufwand verbunden und gerecht sein. Gemeinsam mit Experten werden wir dieses System weiterentwickeln, um auch in Zukunft eine flächendeckende, nachhaltige bäuerliche Landwirtschaft garantieren zu können" schloss Schultes.